

Grün-Schwarz ist in der Bringschuld

UMFRAGE Für Bürger sind soziale Themen am wichtigsten – Bund und Land setzen auf Schuldenbremse und moderne Verwaltung

Von unserer Korrespondentin Ulrike Bäuerlein

In diesen Tagen nimmt in Mecklenburg-Vorpommern eine rote Regierung die Arbeit auf. Im Koalitionsvertrag steht neben sozialen Themen auch der Klimaschutz ganz oben – allerdings mit einer bemerkenswerten Einschränkung: Nur, soweit die Bürger die Maßnahmen mittragen. Ein Passus, der – hätte ihn sich die grün-schwarze Landesregierung in Baden-Württemberg ins Pflichtenheft geschrieben – hierzulande eine deutliche politische Richtungskorrektur nach sich ziehen müsste.

Denn die jetzt vorliegenden Ergebnisse des neuesten BaWü-Checks, der Umfrage der baden-württembergischen Tageszeitungen, sprechen eine deutliche Sprache: Eine Mehrheit der Menschen im Land hält zwar Klimaschutzmaßnahmen für sehr wichtig und platziert sie weit oben auf der Pflichtenliste der Politik, ist aber nicht bereit, dafür mehr Geld zu bezahlen. Diese Botschaft geht an die Landesregierung wie an die Bundesregierung gleichermaßen.

Preissprünge Schon gar nicht in Zeiten, in denen ohnehin die Energiepreise für Verbraucher deutlich gestiegen sind und die Inflation weitere tiefe Löcher in die Kassen der privaten Haushalte reißt. Auf den Geldbeutel schlagen den Bürgern vor allem die gestiegenen Energiepreise. Spritpreise (71 Prozent),

Heizkosten (66 Prozent), Strom (65 Prozent) und Lebensmittelpreise (62 Prozent) werden am häufigsten genannt – bis auf den Sprit je öfter, je geringer das Einkommen ist. Wer wenig verdient, leidet am stärksten unter hohen Lebensmittelpreisen (76 Prozent). Zwei Drittel aller Befragten (65 Prozent) und 75 Prozent der Personen mit niedrigem Haushaltseinkommen geben an, durch die gestiegenen Preise „stark“ oder „sehr stark“ belastet zu sein. Dagegen trifft die Inflation 43 Prozent der Befragten mit hohem oder sehr hohem Haushaltseinkommen kaum: Sie fühlen sich nicht oder nur wenig betroffen.



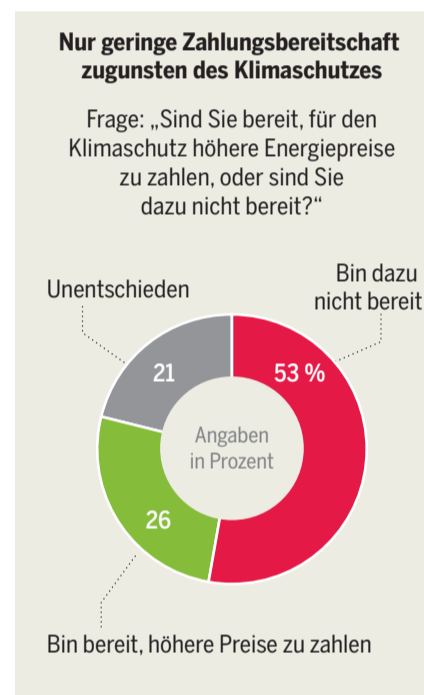
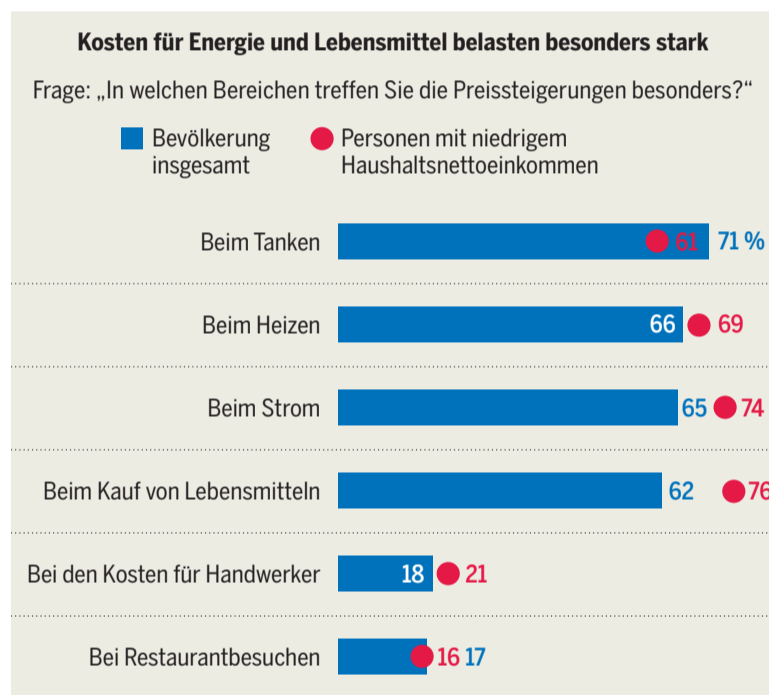
Häuslebauer Auf Häuslebauer und -besitzer im Südwesten aber kommt von 2022 an zusätzlich die Photovoltaik-Pflicht auf Neubauten oder bei Generalsanierungen zu. Hier schlägt sich das von Grünen und CDU beschlossene Klimaschutzs Sofortprogramm, dessen zentrale Elemente der Ausbau von Photovoltaik und Windkraft sind, direkt auf die Geldbeutel der Bürger nieder.

Auch in Baden-Württemberg stehen alle Maßnahmen der seit Mai agierenden Landesregierung – nach eigenen Angaben die mit „dem grünen Koalitionsvertrag aller Zeiten“ – unter Vorbehalt. Allerdings nicht unter dem Vorbehalt, dass die Bürger sie mittragen, sondern unter Haushaltsvorbehalt. Und auch sonst gehen die Beschlüsse und erklärten Ziele der Landesregierung in einigen Punkten deutlich am Mehr-

ger Weise in nationalstaatliche Angelegenheiten einzumischen. Kritiker argumentieren hingegen, Polen und Ungarn müssten aus der EU austreten, wenn sie sich nicht an EuGH-Urteile halten wollten.

„Das heutige EuGH-Urteil ist ein weiterer Versuch, das Justizsystem in Polen zu destabilisieren“, schimpfte Polens Vize-Justizminister Sebastian Kaleta am Dienstag. Die ungarische Regierung teilte zwar mit, sie werde das Urteil akzeptieren. Zugleich erklärte sie aber, sich das Recht vorzubehalten, weiter gegen die Aktivitäten von aus dem Ausland finanzierte Nichtregierungsorganisationen vorzugehen. Vor allem gegen deren Flüchtlingshelfer wenden sich die vom EuGH beanstandeten Regeln.

Wie es weiter geht, ist insbesondere im Fall Polens unklar. So hatte der EuGH das Land erst im Oktober zur Zahlung eines täglichen Zwangsgeldes in Höhe von einer



HST-Grafik, Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 6164/1, Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre

heitswillen der Bürger vorbei. Stichworte sind etwa der Mobilitätsaufbau hin zu Bus und Bahn, weg vom Auto oder der Abschied vom Verbrennungsmotor. Zwei Punkte, die für Land und Bund dagegen ganz oben auf der Agenda stehen – das Einhalten der Schuldenbremse und die Modernisierung der öffentlichen Verwaltung – landen beim Bürger auf dem letzten und vorletzten Platz der Prioritätenliste.

Was die Bürger im Herbst 2022 bewegt, steht nur zum Teil in der

Macht einer Landesregierung. Mit klarer Ansage an den Bund fungieren soziale Themen wie die Sicherung der Renten und des Gesundheitssystems ganz oben. Das Land wäre ebenso wie der Bund in Sachen Wohnungsbau in der Pflicht. Dafür wurde in Baden-Württemberg sogar ein eigenes Ministerium geschaffen. Mit kleiner Mannschaft und kleinem Etat kann es allerdings selbst kaum etwas ausrichten. Während eine geregelte Zuwanderung nach Deutschland in die Verantwor-

tung der Bundesregierung fällt, kann Baden-Württemberg bei der Bekämpfung der Kriminalität dagegen selbst aktiv werden und hat dies mit zusätzlichen Stellen bei Justiz und Polizei auch beschlossen.

Steuerschätzung Die repräsentative Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach (IfD), erhoben Ende Oktober/Anfang November im Auftrag der baden-württembergischen Tageszeitungen von den Sozialforschungsexperten um IfD-Ge-

schaftsführerin Renate Köcher, kommt dabei just zum gleichen Zeitpunkt auf den Tisch wie die November-Steuerschätzung. Diese sorgte am Montag für Erleichterung bei Regierung und Fraktionen, prognostiziert sie doch der Landeskasse für den Haushalt 2022 1,5 Milliarden Euro mehr Steuereinnahmen als noch im März angenommen.

Umgehend wurden am Montag die ersten Forderungen laut, wofür das Geld eingesetzt werden sollen. Hatte doch Finanzminister Danyal Bayaz (Grüne) die Finanzierungsbegehrlichkeiten der einzelnen Ministerien bei der Haushaltsplanung dramatisch zusammenstreichen müssen – die verfügbaren Mittel waren um ein Vielfaches überzeichnet. Spürbare Entlastungen für den Bürger dürften nun in der neuen Verteilungsrunde allerdings kaum eine Rolle spielen – das Land setzt auf Investitionen, Schuldenabbau und Linderung der Corona-Krise.

Ampel Das politische Meinungsklima in Baden-Württemberg ist unterdessen auch vom Ergebnis der Bundestagswahl beeinflusst, bei der sich fast die Hälfte der Bürger (47 Prozent) ein anderes Wahlergebnis gewünscht hätte. Unter dem Einfluss der nahenden Ampel-Koalition in Berlin ist der Zuspruch für Grün-Schwarz im Land gesunken und der Wunsch nach einer Ampelregierung mit Grünen, SPD und FDP gewachsen. Alles in allem stehen die Zeichen – legt man den BaWü-Check zugrunde – in Bund und im Land auf unruhige Zeiten: Die Unzufriedenheit und die Sorgen der Menschen wachsen.

Polen und Ungarn kassieren erneut Niederlagen vor dem EuGH

Gericht: Nationale Regeln verstoßen gegen EU-Recht – Gesetzesänderungen in den beiden EU-Staaten unwahrscheinlich

Von Michel Winde und Ansgar Haase

LUXEMBURG Der Druck auf Polen und Ungarn wegen immer neuer Verstöße gegen EU-Recht steigt. Der Europäische Gerichtshof kassierte erneut nationale Regelungen der beiden östlichen EU-Länder. Mit Blick auf Polen erklärten die Richter die Machtfülle des Justizministers für unvereinbar mit dem Prinzip der richterlichen Unabhängigkeit. Ein Urteil zu einer Klage gegen Ungarn stufte die Kriminalisierung von Flüchtlingshelfern als rechtswidrig ein.

Einmischung Die EuGH-Entscheidungen dürften den seit Monaten eskalierenden Streit um die Rechtsstaatlichkeit in der EU zusätzlich verschärfen. Die Regierungen in Polen und Ungarn hatten dem EuGH bereits in der Vergangenheit mehrfach vorgeworfen, sich in unzulässig

„Europas Rechtsstaat steckt in einer Krise.“

Daniel Freund



Der EuGH rügte gestern Polens Justizsystem und Orbáns Migrationsgesetz. Beide Staaten stehen schon länger wegen Verstöße gegen EU-Recht am Pranger. Foto: dpa

Million Euro verurteilt, weil es ein früheres Urteil zu den umstrittenen Justizreformen nicht umgesetzt hat. Konkret ging es insbesondere um die Anordnung, die Arbeit der Disziplinarkammer zur Bestrafung von

Richtern zu stoppen. Diese Tätigkeit ist nach früheren EuGH-Entscheidungen ebenfalls nicht mit EU-Regeln zur Unabhängigkeit der Justiz vereinbar. Kurz davor hatte hingegen das polnische Verfassungsge-

richt erklärt, Teile des EU-Rechts seien nicht mit Polens Verfassung vereinbar.

Diese Entscheidung wird von der EU-Kommission als höchst problematisch angesehen, weil sie der polnischen Regierung einen Vorwand geben könnte, ihr unliebsame Urteile des EuGH zu ignorieren.

Kein Einlenken Die für die Einhaltung von EU-Recht zuständige Brüsseler Behörde wirft der nationalkonservativen Regierung in Warschau schon lange vor, die Unabhängigkeit von Richtern zu untergraben und das Justizsystem entgegen EU-Standards umzubauen. Warschau signalisiert bislang allerdings in den entscheidenden Punkten kein Einlenken. Zumind. bei Finanzangelegenheiten sitzt die EU-Kommission allerdings am längeren Hebel.

So ist Polen der größte Nettoempfänger in der EU. Strafzahlungen könnte die Kommission mit den milliarden-schweren Auszahlungen aus dem EU-Haushalt verrechnen.

Derzeit versucht die EU-Kommission auch Ungarn mit scharfen Maßnahmen zum Einlenken bei der Beachtung von EU-Recht zu bewegen. Gerade erst beantragte die Behörde finanzielle Sanktionen gegen Budapest beim EuGH, weil Ungarn ein Urteil aus dem Dezember des vergangenen Jahres nicht ausreichend umgesetzt habe. Damals stellte der EuGH fest, dass ungarische Vorschriften über die Regeln und Verfahren in Transitionen an der serbisch-ungarischen Grenze gegen EU-Recht verstoßen.

Weckruf Manch einem Europaparlamentarier geht das noch nicht weit genug. „Die Feststellungen der Richter aus Luxemburg sind ein Weckruf an (die EU-Kommissionspräsidentin) Ursula von der Leyen: Europas Rechtsstaat steckt in einer Krise“, kommentierte der Grünen-Politiker Daniel Freund am Dienstag. Mit Blick auf Polen forderte er, es dürfe „keine weitere Zahlung von EU-Geldern an die Regierung“ geben. dpa

